



Frühkindliche Bildung priorisieren – Für Qualität, Trägerpluralität, faire Finanzierung und gute Startchancen in Berlin

Forderungen des Deutschen Kitaverbands zur Abgeordnetenhauswahl 2026 und Positionen der Parteien

Frühkindliche Bildung legt den Grundstein für mehr Chancengleichheit – besonders für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien. Ihre positiven Effekte reichen bis ins Erwachsenenalter: Der Kitabesuch erhöht die Chancen auf ein höheres Bildungsniveau und verbessert langfristig die Teilhabe am Arbeitsmarkt.

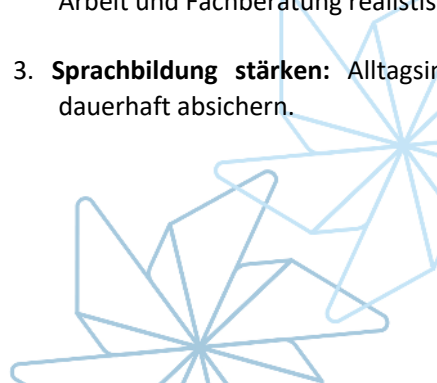
Kitas sind die erste Bildungseinrichtung. Sie schaffen Bildungsgerechtigkeit, ermöglichen Teilhabe und sind zugleich ein unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Stadt. Der Besuch einer Kita hat erhebliche langfristige positive Folgen für die Fähigkeiten, Potenziale und das Wohlergehen von Kindern.

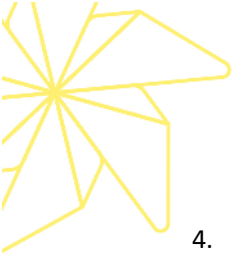
Eine zentrale Rolle spielen dabei die freien Kita-Träger. Sie engagieren sich in der frühkindlichen Bildung inhaltlich und pädagogisch in besonderer Weise, entwickeln neue Konzepte und tragen mit innovativen Ideen zur Weiterentwicklung der Frühpädagogik bei. In Berlin betreiben freie Träger aktuell rund 80 Prozent der Kitaplätze und haben zugleich einen Großteil des Kitaplatzausbaus gestemmt.

Mit der Novellierung des KitaFöG wurden bereits wichtige Impulse gesetzt. Dennoch bleibt viel zu tun, um allen Kindern gleiche Bildungschancen und echte Teilhabe zu sichern. Entscheidend ist nun, dass die begonnenen Reformen praxistauglich umgesetzt, finanziell abgesichert und zu einer Gesamtstrategie für frühkindliche Bildung zusammengeführt werden.

Der Deutsche Kitaverband setzt sich für eine hochwertige Kindertagesbetreuung unter angemessenen politischen Rahmenbedingungen für freie Kita-Träger ein und formuliert konkrete Erwartungen an die künftigen Regierungsparteien.

1. **Frühkindliche Bildung zur politischen Priorität machen:** Kita-Politik braucht eine Gesamtstrategie aus einem Guss.
2. **Qualität sichern:** Personalschlüssel, Leitungszeit, mittelbare pädagogische Arbeit und Fachberatung realistisch ansetzen.
3. **Sprachbildung stärken:** Alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas dauerhaft absichern.





4. **Kita-Chancenjahr praxistauglich umsetzen:** Willkommensgutschein ab dem ersten Geburtstag. Sprachförderung strukturell unterstützen.
5. **Personalzuschläge neu ordnen:** Bildungs-, Sprachförder- und Sozialraumbedarfe differenziert berücksichtigen.
6. **Finanzierung und Infrastruktur sichern:** Kosten realistisch decken, Gesteungskostenanalyse durchführen sowie Sanierung und Ausbau trägerübergreifend ermöglichen.
7. **Freie Träger gleichbehandeln:** Trägerpluralität, faire Refinanzierung und verbindliche Beteiligung sichern.
8. **Teams entlasten:** Ausbildung, Anerkennung, Praxisanleitung und multiprofessionelle Teams stärken.
9. **Digitalisierung und Entbürokratisierung voranbringen:** Verfahren medienbruchfrei, rechtssicher und praxistauglich gestalten.
10. **Inklusion, Kinderrechte und Kita-Sozialarbeit stärken:** Teilhabe, Kinderschutz und Sozialraumorientierung dauerhaft finanzieren.
11. **Rückläufige Kinderzahlen strategisch nutzen:** Qualität verbessern statt Strukturen vorschnell abzubauen.

1. Frühkindliche Bildung zur politischen Priorität machen

Berlin braucht eine klare Gesamtstrategie für frühkindliche Bildung. Die bisherigen Reformvorhaben – Kita-Chancenjahr, Sprachbildung, Personalzuschläge, Inklusion, Kita-Sozialarbeit, Digitalisierung und

Finanzierung – dürfen nicht als einzelne Maßnahmen nebeneinanderstehen. Sie müssen auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet werden: gute Bildung, soziale Teilhabe und verlässliche Qualität für alle Kinder.

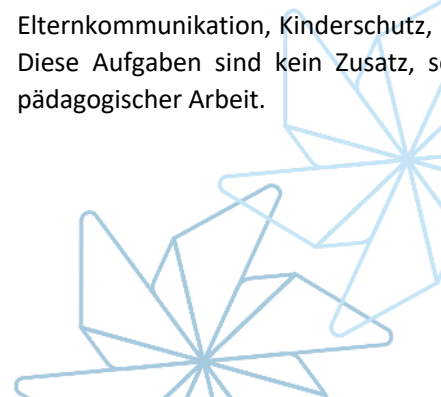
Dafür braucht es eine verbindliche politische Priorisierung der frühkindlichen Bildung und eine strukturierte Beteiligung der Trägerpraxis. Freie Träger müssen als zentrale Akteure des Berliner Kita-Systems frühzeitig und gleichberechtigt in politische Entscheidungen einbezogen werden.

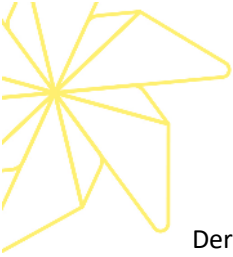
Konkret heißt das:

- Frühkindliche Bildung als eigenständiges bildungspolitisches Handlungsfeld im Koalitionsvertrag verankern.
- Eine Gesamtstrategie für Kita-Qualität, Sprachbildung, Inklusion, Finanzierung, Fachkräfte und Digitalisierung entwickeln.
- Reformvorhaben mit klaren Zuständigkeiten, Zeitplänen und Finanzierungszusagen hinterlegen.
- Freie Träger und ihre Verbände frühzeitig in Gesetzgebungs-, Verhandlungs- und Umsetzungsprozesse einbinden.

2. Kita-Qualität sichern: Personalschlüssel, Leitung und mittelbare Arbeit verbessern

Kita-Qualität entsteht nicht nur in der unmittelbaren Arbeit mit Kindern. Eine Kita braucht Zeit für Beobachtung, Konzeption, Teamarbeit, Leitung, Elternkommunikation, Kinderschutz, Dokumentation und fachliche Reflexion. Diese Aufgaben sind kein Zusatz, sondern notwendige Bestandteile guter pädagogischer Arbeit.





Der Personalschlüssel muss deshalb auch im Ü3-Bereich schrittweise und verbindlich verbessert werden. Dabei sind mittelbare pädagogische Arbeit, Leitungsaufgaben, Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Elternarbeit, Teamreflexion und Fachberatung realistisch zu berücksichtigen.

Konkret heißt das:

- Demografische Spielräume für bessere Personalschlüssel U3/Ü3 nutzen.
- Leitungszeit und mittelbare pädagogische Arbeit realistisch im Personalschlüssel abbilden.
- Fachberatung, Praxisunterstützung und Supervision als Qualitätsbestandteile auskömmlich refinanzieren.

3. Sprachbildung verlässlich und alltagsintegriert in der Kita stärken

Kinder entwickeln Sprache im Dialog, im Spiel, beim Essen, Anziehen, Vorlesen, Erzählen und in sozialen Beziehungen. Sprachbildung findet in Kitas von Beginn an statt: alltagsintegriert, entwicklungsbegleitend und eingebettet in verlässliche pädagogische Beziehungen.

Sprachbildung muss dauerhaft, qualitätsorientiert und verlässlich finanziert werden. Sie ist Kern pädagogischer Qualität und darf nicht auf additive schulische Förderprogramme im Vorschulalter reduziert werden. Mehrsprachigkeit muss ausdrücklich als Ressource anerkannt werden.

Konkret heißt das:

- Sprachbildung als zentralen Bestandteil der Qualitätsentwicklung in Kitas verankern.



- Zeitressourcen für Beobachtung, Dokumentation, Auswertung, Teamreflexion, Fachberatung und individuelle Förderplanung refinanzieren.
- Mehrsprachigkeit in Sprachbildungskonzepten verbindlich berücksichtigen.
- Den Übergang von der Kita in die Schule stärken, ohne schulische Förderlogiken in die Kita zu verlagern.

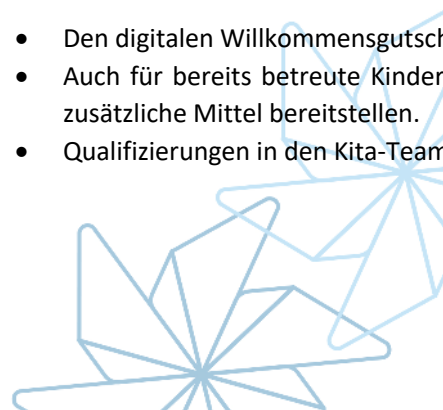
4. Zugänge in die Kita erleichtern: Kita-Chancenjahr praxistauglich umsetzen

Das Kita-Chancenjahr soll Kinder erreichen, die bisher keinen Zugang zu institutioneller Bildung hatten. Der Deutsche Kitaverband begrüßt den neuen Willkommensgutschein, der automatisch zugeschickt wird. Er kann Familien frühzeitig über den Rechtsanspruch informieren, Zugänge erleichtern und bürokratische Hürden abbauen.

Der frühe Besuch einer Kita ist für den Bildungsweg und für gute Sprachbildung entscheidend. Daher sollte der Willkommensgutschein bereits ab dem ersten Geburtstag verschickt werden. Gleichzeitig benötigen Kita-Träger personelle und strukturelle Mittel, um Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf gut aufnehmen und fördern zu können.

Konkret heißt das:

- Den digitalen Willkommensgutschein ab dem 1. Lebensjahr einführen.
- Auch für bereits betreute Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf zusätzliche Mittel bereitstellen.
- Qualifizierungen in den Kita-Teams gegenfinanzieren.





5. Personalzuschläge bedarfsgerecht neu ordnen

Der neue Partizipationszuschlag mit BuT-Bezug bildet sozioökonomische Bedürftigkeit ab, aber keine sprachbezogenen Fördernotwendigkeiten. Auch Familien ohne Transferleistungsbezug können Sprachförderbedarf haben. Gleichzeitig dürfen Sprachförderung und Armutsbekämpfung politisch nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Zuschlagslogik muss Bildungs-, Sprachförder- und Sozialraumbedarfe differenziert erfassen. Der BuT-Nachweis darf nicht zum alleinigen Steuerungsindikator werden. Berlin braucht ein Modell, das Armutslagen, Sprachförderbedarfe und sozialräumliche Benachteiligung berücksichtigt, ohne Familien zu stigmatisieren oder Kitas mit zusätzlicher Bürokratie zu belasten.

Konkret heißt das:

- Einen einrichtungsbezogenen Sozialindex prüfen und entwickeln; dabei Modelle anderer Bundesländer nutzen.
- Bildungs- und Sprachförderbedarfe zusätzlich zu Armutsindikatoren berücksichtigen.
- BuT-Verfahren proaktiv, digital und unbürokratisch über Gutscheine- bzw. Verwaltungsstellen gestalten.
- Stigmatisierende Abfragen durch Kita-Leitungen vermeiden.

6. Finanzierung und Infrastruktur: Kosten realistisch decken, Sanierung sichern

Freie Kita-Träger brauchen eine auskömmliche Finanzierung von Personal- und Sachkosten sowie eine finanzielle Gleichstellung mit den Eigenbetrieben. Für

die Leistung der Kindertagesbetreuung müssen die Sach- und Personalkosten für alle Trägergruppen vollständig durch öffentliche Zuschüsse gedeckt werden.

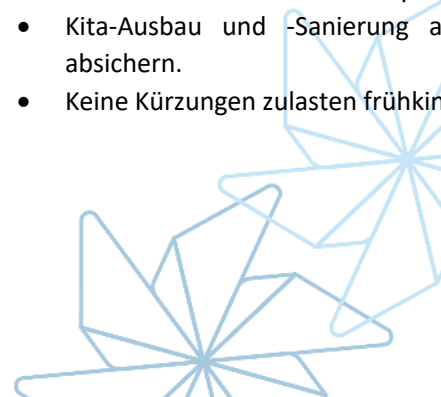
Es besteht eine strukturelle Ungleichbehandlung: Eigenbetriebe werden bei Defiziten, die aus nicht ausreichenden oder nicht im Kostenblatt enthaltenen Positionen entstehen, einseitig bevorzugt. Sie können Zuschusstitel nutzen und erhalten dadurch zusätzliche Mittel. Im Sinne der Gleichbehandlung müssen Zuschusstitel entweder als Grundlage für eine Nachanpassung aller Träger genutzt oder für alle Träger gleichermaßen ausgeschlossen werden.

Wenn das Land zusätzliche Leistungen erwartet, müssen diese auch zusätzlich finanziert werden. Andernfalls muss geprüft werden, wie solche Leistungen rechtssicher über zusätzliche Eltern- oder sonstige Beiträge finanziert werden können.

Kitas in Mietobjekten stehen aufgrund der Mietpreisexplosion in Berlin vor besonderen Herausforderungen. Sie brauchen einen Raumkostenzuschuss, der die tatsächlichen Belastungen berücksichtigt.

Konkret heißt das:

- Eine neue Gestehungskostenanalyse durchführen und Kosten regelmäßig evaluieren.
- Raumkostenzuschüsse für Kitas in Mietobjekten in Höhe von 10 Euro/m² einführen.
- Zuschusstitel und Investitionsprogramme für alle Trägergruppen öffnen.
- Kita-Ausbau und -Sanierung aus Landesmitteln seriös planen und absichern.
- Keine Kürzungen zulasten frühkindlicher Bildung im Landeshaushalt.





7. Freie Träger gleichbehandeln und verbindlich beteiligen

Trägerpluralität ist Voraussetzung für Wahlfreiheit, pädagogische Vielfalt und Innovation. Freie Träger müssen formal und tatsächlich gleichbehandelt werden. Sie sind weiterhin gleichberechtigt an RV-Tag-Verhandlungen, Qualitäts- und Finanzierungsfragen, Investitionsprogrammen und politischen Fachgremien zu beteiligen.

Konkret heißt das:

- Freie Träger und ihre Verbände in Landes- und Bezirksghremien weiterhin standardisiert beteiligen.
- Den Deutschen Kitaverband an den Vorverhandlungen zur neuen RV-Tag-Runde beteiligen.
- Investitions-, Sanierungs- und Qualitätsprogramme trägerneutral ausgestalten.
- Hauptstadtzulage und Tarifergebnisse diskriminierungsfrei und zeitnah für Beschäftigte freier Träger umsetzen.

8. Ausbildung stärken, Teams entlasten

Qualität braucht qualifizierte Fachkräfte, starke Leitungen, gute Praxisanleitung, multiprofessionelle Teams und weniger Verwaltungslast. Berlin muss Ausbildung, Fachkräftegewinnung, Anerkennung von Qualifikationen und Entlastung des Personals zu einer gemeinsamen Strategie verbinden.

Konkret heißt das:



- Anerkennung inländischer und ausländischer Abschlüsse auf allen Qualifikationsniveaus beschleunigen und vereinheitlichen.
- Sprachvorgaben für pädagogische Fachkräfte praxistauglich gestalten und an anderen Bundesländern orientieren (Niveau B2).
- Multiprofessionelle Teams und Verwaltungsfachkräfte fördern.
- Auszubildende in den ersten zwei Jahren nicht im Personalschlüssel.
- Praxismentor*innen als Funktionsstellen schaffen.
- Curricula gemeinsam mit Trägern und Fachschulen aktualisieren.
- Inklusion als Querschnittsthema in die Ausbildung integrieren.

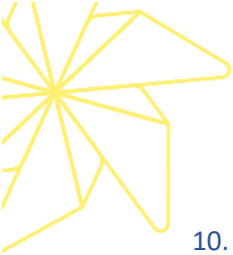
9. Digitalisierung und Entbürokratisierung konsequent umsetzen

Die nächste Landesregierung muss digitale, rechtssichere und niedrigschwellige Verfahren schaffen, die Träger, Leitungen und Familien tatsächlich entlasten. Digitalisierung soll Verwaltungszeit reduzieren und darf keine neuen technischen oder rechtlichen Hürden schaffen.

Konkret heißt das:

- Kita-Gutscheine, BuT-Abfragen und Zuschlagsverfahren digital, proaktiv und medienbruchfrei organisieren.
- Leistungsnachweise und Dokumentationspflichten digitalisieren und vereinfachen.
- Das Berliner Bildungsprogramm, BeoKiz und alle unterstützenden Materialien digital zur Verfügung stellen.
- Betreuungsverträge in Textform und mit einfacher elektronischer Signatur ermöglichen.





10. Inklusion, Kinderrechte, Kinderschutz und Kita-Sozialarbeit stärken

Berlin muss inklusive Strukturen in Kitas ausbauen, Kita-Sozialarbeit bedarfsgerecht und langfristig finanzieren, Kinderrechte sichtbar machen und Schutzkonzepte fachlich unterstützen. Träger brauchen realistische Übergangsfristen, Weiterbildungsangebote und fachliche Unterstützung, damit zusätzliche Anforderungen nicht nur formal erfüllt, sondern wirksam umgesetzt werden.

Konkret heißt das:

- Kita-Sozialarbeit bedarfsorientiert, planungssicher und langfristig finanzieren.
- Klare Leitlinien, Standards, Supervision und Fortbildung für Kita-Sozialarbeit entwickeln.
- Kooperation zwischen Kitas, Jugendämtern, Familienzentren und sozialen Diensten strukturieren.
- Inklusive Konzeptionen und Schutzkonzepte mit Zeit, Fachberatung und Weiterbildung hinterlegen.

11. Rückläufige Kinderzahlen strategisch nutzen statt Strukturen abzubauen

Das Kita-System reagiert schneller auf demografische Veränderungen als Schule. Kurzfristige Abwärtstrends können sich regional wieder verändern. Ein vorschneller Abbau von Einrichtungen, Personal und Trägerstrukturen gefährdet die langfristige Leistungsfähigkeit des Systems. Sinkende Kinderzahlen dürfen daher nicht automatisch zu Kürzungen, Schließungen oder strukturellem Rückbau führen. Berlin muss freiwerdende Kapazitäten für

Qualität, Teilhabe, Inklusion, bessere Personalschlüssel und das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern nutzen.

Konkret heißt das:

- Vorausschauende, datenbasierte und qualitätsorientierte Bedarfsplanung.
- Träger frühzeitig und gleichberechtigt in Planungsprozesse einbinden.
- Fixkosten und Qualitätsanforderungen unabhängig von kurzfristigen Auslastungsschwankungen absichern.
- Flexible Nutzungskonzepte für Familienbildung, Beratung, Sozialraum- und Quartiersarbeit ermöglichen.
- Freiwerdende Plätze gezielt für bislang unterversorgte Kinder und Familien nutzen.

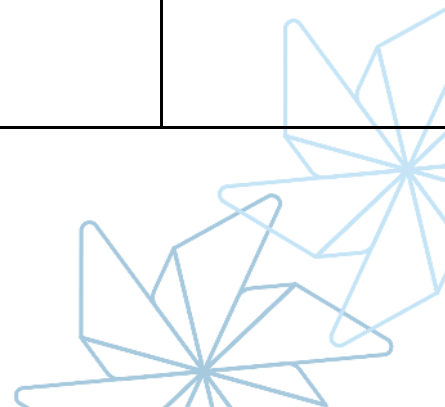
Berlin steht vor der Aufgabe, frühkindliche Bildung verlässlich, gerecht und zukunftsfähig zu gestalten. Die nächste Landesregierung muss dafür sorgen, dass Reformen nicht nur angekündigt, sondern praxistauglich umgesetzt und dauerhaft finanziert werden. Der Deutsche Kitaverband erwartet von den künftigen Regierungsparteien klare Zusagen für Qualität, faire Finanzierung, Trägergleichbehandlung, Sprachbildung, Inklusion, Fachkräftegewinnung und Entbürokratisierung. Wer gleiche Bildungschancen ernst meint, muss Kitas stärken — und die freien Träger als zentrale Partner des Berliner Kita-Systems verbindlich einbeziehen.





Positionen der Parteien zu Kita und frühkindlicher Bildung

Thema	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKE
Grundverständnis: Kita als Bildungsort	Kitas sollen zu echten vorschulischen Lernorten werden Schwerpunkt auf Schulvorbereitung, Sprachförderung, Motoriktests und Wiedereinführung der Vorschule	Frühkindliche Bildung als Schlüssel für die gesamte Bildungsbiografie Kita soll mehr sein als Betreuung und auch Ernährung, Bewegung, Sprach- und Bildungsangebote integrieren Evaluation des BBP	Kita als Lern- und Lebensraum, nicht nur Betreuung. Betont freies Spiel und ein ganzheitliches Bildungsverständnis	Recht jedes Kindes auf hochwertige frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung Betont Vielfalt, Diskriminierungssensibilität und Partizipation
Kita-Qualität und Personalschlüssel	Mehr Erzieher*innen und weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels Qualität direkt mit der Zahl der eingesetzten pädagogischen Fachkräfte verbunden	Betreuungsschlüssel verbessern: Ziel sind wissenschaftliche Empfehlungen im U3- und Ü3-Bereich Für Berechnung des Personalschlüssels nur tatsächlich anwesendes Personal zählen, Fehlzeiten nicht rechnerisch verdecken.	Betreuungsschlüssel weiter verbessern	Geburtenrückgang für Erhöhung Personalschlüssel nutzen: 1:3 im U3-Bereich und 1:7,5 im Ü3-Bereich. Anrechnung nur von Fachkräften Quadratmeter-Anzahl pro Kind erhöhen Fehlzeiten sowie Zeiten für Dokumentation, Elternarbeit und Dienstbesprechungen realistisch berücksichtigen



Thema	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKE
Sprachförderung und Übergang Kita-Schule	Sprachförderung ab Beginn der Kita über die gesamte Bildungslaufbahn Vorschulischer Sprach- und Motoriktest vor Schuleintritt, bei Defiziten verpflichtende Fördermaßnahmen Zertifizierte bilinguale und internationale Kitas „Sprache Plus“-Weiterbildung mit Zulage	Zusätzliche Fachkräfte für alltagsintegrierte Sprachbildung, ohne Anrechnung auf den Betreuungsschlüssel Wiedereinführung des ndH-Personalzuschlags Verpflichtende Sprachstandfeststellung und gezielte Unterstützung vor der Einschulung Angebot für Kitas in schwierigen Lagen angelehnt an „Sprach-Kitas“ Übergang Kita-Schule durch Kooperationsstrukturen, gemeinsame Diagnostik und Übergangskonzepte verbessern	Angebote der alltagsintegrierten Sprach- und Familienbildung stärken und ausbauen Mehrsprachigkeit als Kompetenz Förderung von Kompetenzen in anderen Erstsprachen, Deutsch, Laut- und Gebärdensprachen Frühe Sprachstandserhebung und verbindliche Förderangebote bei Bedarf Nutzung der Expertise aus „Sprach-Kitas“	Mehrsprachigkeit als Ressource Neuordnung der Zuständigkeiten für Sprachstandsfeststellungen Bildungsverbünde stärken
Kita-Chancenjahr, Vorschule	Vorschule wieder einführen Vorschulklassen sollen Sprachdefizite abbauen und motorische Fähigkeiten fördern	Verpflichtendes letztes Kita-Jahr berlinweit	Frühe Förderung im bestehenden Kitasystem, ganzheitlicher Lern- und Lebensraum	Ziel: mind. 24-monatiger Kita-Besuch vor Schuleintritt Kita strukturell stärker im Bildungssystem verankern Gegen Bußgelder, stattdessen vertrauensbasierte Sozialarbeit

Thema	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKE
Zugang, Kitagutschein und Platzvergabe	Fokus auf mehr Betreuungsplätze und Vielfalt, echte Wahlfreiheit Zusätzlich Betriebskitas, 24-Stunden-Kitas und flexible Betreuungsangebote	Automatischer Kita-Gutschein zum 1. Geburtstag für den Rechtsanspruch von 5 bis 7 Stunden BuT-Abfrage automatisiert mit Beantragung Kitagutschein	Automatischer Kitagutschein zum 1. Geburtstag mit mehrsprachigem Begleitbrief und QR-Code zu wohnortnaher Beratung Platzvergabe soll transparent und diskriminierungsfrei sein	Gut verständlicher, mehrsprachiger und in Leichter Sprache verfasster Kita-Gutschein zum 1. Geburtstag Zugang durch aufsuchende Sozialarbeit, Familienzentren, Arztpraxen, Gemeinschaftsunterkünfte und Stadtteilmütter erleichtern Freihalten von Plätzen bei Eigenbetrieben und freien Trägern finanzieren
Sozialraumorientierung, Kita-Sozialarbeit, Familienzentren	Stärkung von Familienzentren einschließlich Gütesiegel sowie Kinderschutzteams und Frühwarnsysteme	Kita-Sozialarbeit gezielt dort einsetzen, wo sie gebraucht wird Familientreffpunkte ausbauen	Kita-Sozialarbeit und Familienzentren an Kitas ausbauen, mit besonderem Blick auf Alleinerziehende	Kita-Sozialarbeit erhalten, weiterentwickeln und mehrstufig ausweiten. Ziel: mittelfristig für 10 Prozent der Kitakinder, langfristig flächendeckende Regelfinanzierung Nicht benötigte Kitas für Ganzttag, KJH, Familienzentren, Gemeinschaftsunterkünfte, Volkshochschulen nutzen

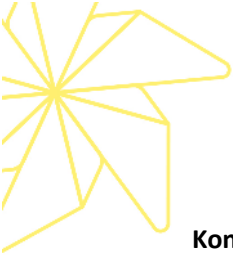
Thema	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKE
Inklusion, Teilhabe und Kinderschutz	Fokus auf Kinderschutz, U-Untersuchungen und Kinderschutzteams	Integrationskitas durch höheren Personalzuschlag stärken Inklusive Spielplätze sowie Gesundheits- und Bewegungsangebote	Stärkere Unterstützung psychisch erkrankter und neurodivergenter Kinder Qualifizierungsoffensive für pädagogische Fachkräfte in Kitas und Schulen Kinderschutzstandards in allen Einrichtungen	Offensive für barrierefreie frühkindliche Bildung: wohnortnahe barrierefreie Kitaplätze Anerkennung individueller Förderbedarfe jenseits starrer Kategorien und Ausstattung mit heil-, sozial- und inklusionspädagogischen Fachkräften Zeitkontingente für Kinderschutz- Qualifikationen und Supervisionen Feste Zeitbudgets oder Personalzuschläge für Kinderschutzfachkräfte
Fachkräfte, Ausbildung und Arbeitsbedingungen	Ausbildung an duale Ausbildung anpassen, Ausbildungsvergütung durch den Arbeitgeber „Sprache Plus“-Weiterbildung mit Zulage Verwaltungsfachkräfte zur Entlastung von Leitungen und Erzieher*innen	Zusätzliches Fachpersonal für Sprachbildung sowie Stärkung sprach- und bewegungspädagogischer Kompetenzen	Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Sprachkräfte Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte zur Unterstützung psychisch erkrankter und neurodivergenter Kinder	Qualitätsinitiative in der Ausbildung Anteil staatlicher Schulen erhöhen Gleiche Standards für staatliche und private Schulen Vergütung von Praxisstunden

Thema	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKE
Fachkräfte, Ausbildung und Arbeitsbedingungen				Qualifizierung von Quereinsteigenden auf DQR-6-Niveau Fokussierung der Vielzahl sozialpädagogischer Ausbildungsgänge Gesundheits-, Lärm- und Hitzeschutz in Kitas
Finanzierung, Träger und Infrastruktur	Unterstützung der Kitaträger bei baulichen Maßnahmen und beschleunigte Bauvorhaben Steuerliche Anreize für Betriebskitas Sachkostenerstattung an der Realität der Gewerbetrieben ausrichten.	Eigenbetriebe: Zusätzliche Investitionsmittel, Finanzierung bei schwankender Geburtenrate stabilisieren, sollen wohnortnahes Angebot in allen Bezirken sicherstellen, evtl Anpassung des Eigenbetriebsgesetzes	Angebote für Kinder und Jugendliche sollen gesichert werden	Sanierungen im Bestand Kita-Räume und Personal im System halten Eigenbetriebe: Anteil auf ein Drittel der Plätze erhöhen, Prüfung von Kreditaufnahmen und stärkere Berücksichtigung bei Eigenanteil der Träger abschmelzen Kindbezogene Finanzierung prüfen Mögliche Sonderabgabe für Arbeitgeber (Kitafonds) Bundesratsinitiative für ein Sondervermögen Bildung



Thema	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	DIE LINKE
Digitalisierung und Bürokratieabbau	Bürokratische Hürden bei Bauvorhaben abbauen Verwaltungsfachkräfte sollen Kita-Leitungen und Erzieher*innen von administrativen Aufgaben entlasten	Digitale bzw. automatisierte Verfahren beim Kitagutschein und bei der BuT-Abfrage	Digitale Elemente beim Zugang: QR-Code zu Beratung und Terminen bei Kitaplatzvermittlung; Fokus auf verständliche Zugänge	Regelhafte Ausstattung von Kitas mit modernen Medien Medienpädagogische Konzepte sollen Sprachbildung und Inklusion fördern Fachkräfte entsprechend aus- und weiterbilden
Ernährung, Bewegung und Gesundheit	Programme „(Profi-) Vereine machen Kita“, „Profivereine machen Schule“ sowie das Projekt „Berlin hat Talent“ weiterentwickeln Wassergewöhnungskurse für Kitakinder	Ernährungsbildung schon in der Kita Gesundes und kostenfreies Essen Bewegung als Qualitätsmerkmal Zahnhygiene und Zahngesundheit		Gesundheit der Fachkräfte: aktiver Gesundheits-, Lärm- und Hitzeschutz in allen Kitas





Kontakt

Deutscher Kitaverband – Bundesverband freier unabhängiger Träger von Kindertagesstätten e.V.

Französische Straße 12, 10117 Berlin

Claudia Geisler, Leiterin Hauptstadtbüro, Tel +49 30 20 188 334,

claudia.geisler@deutscher-kitaverband.de

Über den Deutschen Kitaverband

Der Deutsche Kitaverband. Bundesverband freier unabhängiger Träger von Kindertagesstätten e.V. vertritt die Interessen freier Kita-Träger auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene und setzt sich für gute Rahmenbedingungen, Trägervielfalt, faire Finanzierung und hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung ein. Ziel des Verbands ist ein Kita-System, in dem jedes Kind unabhängig vom Träger Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung erhält.

